

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Mittwoch, 27.01.2010, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzende:	Ilonka Etzold
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Karlheinz Bäker Erich Hillebrand Jörn Kickler Kurt Klose Bernd Köhler Walter Langer
stellv. Ausschussmitglieder:	Hannelore Schneider
Ratsmitglieder:	Reinhard Berndt Ingo Langer (zeitweise) Alfred Müller (zeitweise) Georg Ralle Claudia Rohlfs Peter Tischer
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Dirk Heise Jens Neumann Rainer Rädicker Hans-Dieter Vogel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
 - 2.1 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
 - 2.2 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2009 - 2013
 - 2.3 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010
 - 2.4 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010
 - 2.5 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 4 Zur Kenntnisnahme

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde abgehalten.
Es gab keine Fragen.

2 Anträge an den Rat der Stadt

2.1 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel Vorlage: 012/2010

Der Verwaltungsentwurf des 13. Haushaltssicherungskonzeptes wurde den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt.

Die Verwaltung erläutert anhand der dieser Niederschrift anliegenden „Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010“ die wesentlichen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Zunächst sind die Maßnahmen aus Vorjahren erläutert, deren nachhaltige Effekte auch die folgenden Haushaltsjahre entlasten. Nicht enthalten ist die nächtliche Abschaltung der Straßenbeleuchtung, durch die ein weiterer nachhaltiger Konsolidierungseffekt von 50.000 € p. a. erzielt wird.

Der Punkt „Neufestsetzung ab 2010“ beinhaltet Haushaltssicherungsmaßnahmen mit Konsolidierungseffekten in 2010 ff., die im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltsentwurfs 2010 bereits berücksichtigt wurden bzw. die noch entsprechender Beschlüsse der zuständigen Gremien bedürfen.

Daneben werden von der Verwaltung derzeit weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung geprüft, deren Umsetzung jedoch noch in den zuständigen Gremien beraten werden muss, wie z. B. die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages.

Die Tagesordnungspunkte 2.1 - 2.3 wurden gemeinsam beraten. Die Wortbeiträge zu dieser Beratung befinden sich unter TOP 2.3.

Beschluss:

Das 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

**Ja: 6 Enthaltungen: 3
damit mehrheitlicher Beschluss**

Ratsherr Klose war zur Beschlussfassung nicht anwesend. Stellvertretend hat Ratsfrau Rohlf's an der Abstimmung teilgenommen.

**2.2 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2009 - 2013
Vorlage: 013/2010**

Der Verwaltungsentwurf des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2009 – 2013 sowie der Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum wurden den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt.

Die Finanzplanung wurde auf Grundlage der im Haushaltsentwurf eingearbeiteten Veränderungen fortgeschrieben. Ihr liegen vorsichtige Schätzungen insbesondere im Einnahmehereich zugrunde.

Die Tagesordnungspunkte 2.1 - 2.3 wurden gemeinsam beraten. Die Wortbeiträge zu dieser Beratung befinden sich unter TOP 2.3.

Beschluss:

Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2009 – 2013 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung festgesetzt.

Der ebenfalls dieser Niederschrift anliegende Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

Ratsherr Klose war zur Beschlussfassung nicht anwesend. Stellvertretend hat Ratsfrau Rohlf s an der Abstimmung teilgenommen.

**2.3 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 014/2010**

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010 (s. Anlage) sowie die ebenfalls dieser Niederschrift anliegende Fortschreibung des Haushaltsentwurfs mit allen vorgenommenen Veränderungen am ursprünglichen Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes (behandelt in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 10.11.2009) wurden den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt.

Die Verwaltung erläutert anhand der dieser Niederschrift ebenfalls anliegenden Übersichten „Eckdaten Haushaltsentwurfs 2010“, „Entwicklung der Einnahmen der Stadt Varel“ und „Entwicklung der Sollfehlbeträge“ die wesentlichen Positionen des Haushaltsentwurfs 2010.

Danach schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Volumen

auf der Einnahmeseite von	25.808.300 €
und	
auf der Ausgabeseite von	<u>46.873.200 €</u>
und damit mit einem kumulierten Sollfehlbedarf von	21.064.900 €

Das sich ergebende Defizit in Höhe von 21.064.900 €	
setzt sich zusammen aus kumulierten Sollfehlbeträgen	
bis einschließlich 2009 in Höhe von vorläufig	15.500.000 €
und einem strukturellen Sollfehlbedarf 2010 in Höhe von	5.564.900 €

Dieses Zahlenwerk beinhaltet alle der in der dieser Niederschrift anliegenden Fortschreibung des Haushaltsentwurfs enthaltenen Veränderungen, die teilweise jedoch erst durch entsprechend noch zu beschließender Maßnahmen der zuständigen Gremien eintreten werden, wie z. B. die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Benutzungsgebühren für die Parkeinrichtungen.

Der Vermögenshaushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit einem Volumen von 6.127.000 €

Als wesentliche Änderung beinhaltet der fortgeschriebene Entwurf Einnahmen aus dem Verkauf der Schützenwiese in Höhe von 3.000.000 € und eine dadurch möglich werdende Zuführung zur allgemeinen Rücklage in Höhe von 2.055.500 €, die dann wie folgt beträgt:

Bestand Ende 2010	5.144.000 €
Mindestbestand der Rücklage	430.000 €
Zweckgebunden	31.000 €
Rest (in Finanzplanung 2011 – 2013 zu entnehmen)	3.132.000 €
Bestand Ende 2013	2.012.000 €

Auf Nachfrage des Rats Herrn Kickler erklärt die Verwaltung, dass ohne den Verkauf der Schützenwiese der Vermögenshaushalt eine Unterdeckung von rund 1 Mio. EUR ausweist.

Ratsherr Tischer sieht weiteren Zwang zur Haushaltskonsolidierung. Selbst bei Realisierung der neu zum Haushaltsjahr 2010 eingeplanten Maßnahmen belaufe sich das kumulierte Haushaltsdefizit zum Ende des Finanzplanungszeitraums (2013) auf rund 29 Mio. EUR. Auch wenn man aus eigener Kraft nicht aus der Haushaltsmisere herauskomme, habe man die Verpflichtung, die im eigenen Haus möglichen Verbesserungen zu realisieren. In der Mehrheitsgruppe herrsche Einigkeit, die dafür notwendigen Beschlüsse mitzutragen. Hinsichtlich der Einsparungen durch die Reduzierung der Ratsmitglieder sei jedoch anzumerken, dass zwei Mandate durch das Absinken der Einwohnerzahl Varel auf unter 25.000 ohnehin wegfallen. Auch wenn eine weitere Reduzierung um 6 Ratsmitglieder möglich sei, sei wohl nur eine Reduzierung um zwei auch mehrheitsfähig. In diesem Fall reduziere sich auch die mögliche Verbesserung entsprechend. Anstelle des bisherigen Seniorenpasses könne eine erwerbbarere Seniorenkarte treten, die dazu berechtige, alle städtischen Einrichtungen und Veranstaltungen gegen einen entsprechenden Nachlass zu besuchen. Dies könne auch zu einer besseren Auslastung der städtischen Einrichtungen führen. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt Varel könne der Seniorenpass in seiner bisherigen Ausgestaltung nicht fortgeführt werden. Die Umsetzung der Parkgebührenerhöhung erfordere zunächst ein Nachdenken über neue Parkmodelle, um so z. B. das Kurzzeitparken attraktiver zu machen. Zum Thema „Verlustabdeckung Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast“ helfen Visionen nicht weiter. Vielmehr müsse versucht werden, zunächst einmal die Fixkosten in einigen Bereichen zu reduzieren. Denkbar sei auch die Privatisierung des Campingplatzes. Im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen dürfe es keine Tabus geben. Dazu gehöre auch die Auseinandersetzung mit der Frage, ob durch einen saisonabhängigen Betrieb des DanGastQuellbades und einen dadurch möglichen wechselseitigen Einsatz des Personals im Hallenbad und Quellbad überzeugende Einsparungen zu erzielen seien. Die Kürzung der Aufwandsentschädigung der

Ratsmitglieder um 10 % solle mehr als Signal verstanden werden, nicht anderen etwas abzuverlangen, ohne einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung leisten zu wollen. Man sei entschlossen, die im Haushalt 2010 eingeplanten Maßnahmen auch kurzfristig umzusetzen. Auch die Prüfaufträge müssten kurzfristig abgearbeitet werden, um ggf. weitere Maßnahmen einzuleiten. Dazu gehöre auch die Frage der Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages und des Straßenausbaubeitrages. Nach Untersuchung dieser Felder sei man jedoch an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung angekommen. Insgesamt könne man dem Haushalt und dem Finanzplan durchaus Bodenhaftung attestieren. In der Entwicklung der Einnahmen gehe man von einer nur verhaltenen Entwicklung aus. Es müsse jedoch festgestellt werden, dass sich die Einnahmeeinbrüche der vergangenen Jahre nicht in der Höhe der Kreisumlage widerspiegeln, die im Haushaltsjahr 2010 wieder mit über 9 Mio. EUR eingeplant werden musste. Nach Abschluss der vom Kreis durchgeführten Schulsanierungen müsse auf eine Reduzierung der Kreisumlage gedrängt werden. Es sind alle Beteiligten dazu aufgefordert, die Maßnahmen gemeinsam anzupacken. Nur dann könne eine kontinuierliche Reduzierung der jährlichen Fehlbeträge im städtischen Haushalt erreicht werden.

Ratsherr Hillebrand erklärt für die SPD-Fraktion, dass man sich zu den Tagesordnungspunkten 2.1 und 2.3 der Stimme enthalten werde, da die abschließende Beratung in der Fraktion erst am 02. Februar erfolge. Anhand des vorgelegten Haushaltsentwurfs könne festgestellt werden, dass die Konsolidierung in vielen Bereichen bereits ihre Grenzen erreicht habe. Hieran sei erkennbar, dass auch die SPD in den Vorjahren das Ziel der Haushaltskonsolidierung sehr ernst und konsequent verfolgt habe. Durch die bereits seit längerer Zeit zu beobachtende Entwicklung der einbrechenden Einnahmen sei aus eigener Kraft kein Haushaltsausgleich mehr zu erzielen. Auch bei optimistischer Sichtweise seien in Zukunft über längere Zeiträume keine Zuwächse bei den Einnahmen zu erwarten, im Lohn- und Einkommenssteuerbereich müsse sogar von weiteren Einbußen ausgegangen werden. Darüber hinaus habe man den Kommunen weitere Aufgaben übertragen, die erhebliche Ausgaben erfordern, so z. B. im Kindergartenbereich. Diese Mehrausgaben könnten nicht ohne weiteres aufgefangen werden. Die von der Mehrheitsgruppe geplanten Änderungen im Seniorenpass stellten eine schwere Hürde dar, über die noch beraten werden müsse. Hinsichtlich der Einnahmeproblematik seien den Bürgerinnen und Bürgern über die bereits im letzten Jahr eingeflossenen Mehreinnahmen bei der Grundsteuer und den Wohnungsmieten kaum weitere Belastungen zuzumuten. Die eingeplante Verringerung der Verlustzuweisung an den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast müsse ohne konkrete Beschlussvorschläge wohl als Luftnummer gewertet werden. Weiterhin seien im Haushalt 90.000 EUR Planungskosten enthalten. Hier stelle sich die Frage, inwieweit im Bereich des Vermögenshaushaltes entsprechende Maßnahmen noch zu finanzieren seien. Dies müsse im Vorfeld der Vergabe von Planungsaufträgen berücksichtigt werden. Über die Absenkung der Aufwandsentschädigung könne beraten werden, schließlich sei wohl kaum ein Ratsmitglied wegen des Geldes politisch aktiv. Hinsichtlich der Höhe der Kreisumlage müsse ganz kritisch hinterfragt werden, ob die Leistungen der Stadt Varel an den Landkreis in Höhe von rund 9 Mio. EUR noch das Verhältnis der Finanzkraft der Stadt Varel, des Landkreises und der anderen Städte und Gemeinden im Kreis widerspiegeln. Insgesamt sei festzustellen, dass sich viele Städte und Gemeinden in einer ähnlichen Situation wie die Stadt Varel befinden und dass es allen aufgrund der allgemeinen Finanzausstattung schwer fallen dürfte, daraus wieder herauszukommen. Bei allen Konsolidierungsbemühungen dürfe das soziale Miteinander in der Stadt jedoch nicht gefährdet werden.

Ratsherr Müller sieht anhand des vorgelegten Haushaltsentwurfs das Vorurteil der früheren Opposition widerlegt, die SPD habe in den Vorjahren keine ernsthafte

Haushaltskonsolidierung betrieben. Es sei erkennbar, dass der Haushalt bereits ziemlich „ausgepresst“ sei. Der große Wurf sei jedenfalls ausgeblieben. Mit bloßen Einsparungen seien die Probleme nicht zu lösen. Die Städte und Gemeinden sind gefordert, Land und Bund aufzuzeigen, dass es so nicht weitergehen kann. Die von Land und Bund beschlossenen Maßnahmen, wie z. B. die beschlossene Steuererleichterung seien von den Kommunen nicht mehr zu finanzieren. Dazu nehme das von den Städten und Gemeinden geforderte Leistungsspektrum ständig zu, wie z. B. im Krippenbereich. Ob die in der Finanzplanung eingeplanten Konsolidierungseffekte eintreten, bleibe abzuwarten. Weitreichende Prognosen könnten kaum erstellt werden, man müsse daher von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr mögliche Einsparungen vornehmen.

Ratsherr Walter Langer sieht die Notwendigkeit des Sparens auch bei den vermeintlich kleinen Positionen. Im Haushalt sollte das soziale Miteinander gewährleistet sein. Dazu sei auch das Sparen in kleinen Schritten unerlässlich, wie z. B. bei der Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder oder dem Seniorenpass. Sei man dazu nicht bereit, gehe der Gestaltungsspielraum im Haushalt und damit die Möglichkeit des sozialen Ausgleichs verloren. Der Seniorenpass in seiner bisherigen Form war keine soziale Komponente. Mit den geplanten Veränderungen beabsichtige man die Leistungen zu qualifizieren, um mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel zu erreichen. Der hier angesprochene große Wurf war nicht zu erwarten und den habe auch niemand versprochen. Dies ändere aber nichts daran, dass auch kleine und symbolische Schritte gegangen werden müssten, wie z. B. die Kürzung der Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder.

Ratsherr Tischer sieht neben dem Einnahmeproblem auch ein Ausgabeproblem. Vom großen Wurf habe man zu keiner Zeit gesprochen. Vielmehr seien viele kleine einzelne Maßnahmen nötig, die jetzt angegangen werden müssten. Hier lasse man sich nicht entmutigen. Das Thema Haushalt werde zukünftig nicht nur zu den Haushaltsberatungen sondern ganzjährig ein Thema sein.

Ratsherr Hillebrand kritisiert, dass die Berechnungen zur Erlösverwendung aus dem Verkauf der Schützenwiese nicht die Kosten für ein etwaiges Ausweichgelände berücksichtigen. Hier müsse noch einmal nachgerechnet werden. Darüber hinaus könnte sich der geplante Veräußerungserlös als Luftnummer herausstellen, sollte die Veräußerung nicht zustande kommen. In diesem Zusammenhang müssten ggf. auch die Vorgaben des Einzelhandelskonzeptes beachtet werden.

Ratsherr Redeker sieht einen langen Weg der Haushaltskonsolidierung. Hinsichtlich der Einnahmeproblematik müsse sich die Stadt Varel gegenüber möglichen Gewerbeansiedlungen attraktiv und handlungsfähig zeigen. Hier müsse in Zukunft noch mehr getan werden.

Bürgermeister Wagner sieht die Notwendigkeit, auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung auch Tabus zu brechen. Das vorliegende Haushaltssicherungskonzept enthält einige dieser Tabuthemen, die nicht von vornherein kaputt geredet werden sollten. Hinsichtlich der Personalkosten bleibe festzuhalten, dass die Steigerungen der vergangenen Jahre vorwiegend auf die tarifvertraglichen Steigerungen und nicht auf Neueinstellungen zurückzuführen seien. Zur Diskussion um die Schützenwiese müsse man bemerken, dass die Funktionalität der Schützenwiese im wesentlichen aus der Hauptattraktion am 03.10. sowie 4-5 Flohmärkten jährlich und gelegentlichen Zirkusgastspielen bestehe. Ansonsten diene sie als Parkplatz. Allein wegen der Vorhaltekosten sei es nicht länger zu vertreten, die Schützenwiese zu halten. Darüber hinaus habe man ein Einzelhandelsgutachten, in dem ein SB-Warenhaus explizit angesprochen werde. Die Stadt Varel als Mittelzentrum tue gut

daran, dies auch umzusetzen. Mit Famila habe man dazu einen Partner, mit dem die Umsetzung erfolgreich gelingen könne, dies auch im Hinblick auf den geplanten Veräußerungserlös. Einzelheiten werden in den nächsten Wochen in den Gremien zu beraten sein. Insgesamt sei der Haushalt so aufgestellt, dass er alle zum Sparen zwingt. Es wäre daher ein positives Zeichen, wenn der Haushalt von allen Fraktionen gemeinsam beschlossen würde.

Ratsherr Köhler sieht in dem vorgelegten Haushaltsentwurf das hinsichtlich der Konsolidierung derzeit machbare realisiert. Die geplanten Änderungen insbesondere beim Seniorenpass oder auch die Streichung der Geldgeschenke bei Alters- und Ehejubiläen seien sinnvoll und vertretbar. Der Seniorenpass in seiner bisherigen Ausgestaltung mit den hohen Kosten für die Kaffeefahrt passe nicht mehr in die Zeit.

Ratsherr Bäker sieht in den wesentlichen Punkten Einigkeit innerhalb der Ratsfraktionen. Besonders in der Feststellung, dass man aus eigener Kraft keine wesentliche Verbesserung des Ergebnisses mehr erzielen könne, sei man sich einig. Auch das Thema der Kreisumlage, über das bereits sehr lange diskutiert werde, werde von den Fraktionen weitestgehend einvernehmlich beurteilt.

Ausschussvorsitzende Frau Etzold sieht im vorgelegten Haushaltssicherungskonzept durchaus Potenzial für eine weitere Konsolidierung des Haushalts. Die einzelnen Maßnahmen seien in den nächsten Wochen zu beraten. Mit dem Beschluss des Haushalts sei die Arbeit noch nicht getan, hier liege noch einige Arbeit vor den Gremien.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

**Ja: 7 Enthaltungen: 2
damit mehrheitlicher Beschluss**

Ratsherr Klose war zur Beschlussfassung nicht anwesend. Stellvertretend hat Ratsfrau Rohlf an der Abstimmung teilgenommen.

**2.4 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010
Vorlage: 008/2010**

Der Erfolgsplan 2010 schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Er beinhaltet u. a. die Kosten für das nach Vorgabe der Heimleitung in Abstimmung mit dem Personalamt benötigte Personal um die vorgegebenen Standards und die von allen Seiten hervorgehobene gute Qualität der Leistungen erbringen zu können. Zusätzlich wurden Beträge für benötigte Aushilfen aufgrund Erkrankungen und Fortbildungsmaßnahmen von Mitarbeitern eingerechnet.

Für das Jahr 2010 wird eine Pflegesatzverhandlung mit dem Ziel einer maßvollen Anhebung der Pflegesätze angestrebt. Das erwartete Verhandlungsergebnis ist berücksichtigt.

Die in den Vermögensplan eingestellten Investitionen und die Tilgungsleistungen

werden aus den zu erwirtschaftenden Abschreibungsbeträgen finanziert.

Die Finanzplanung der Planjahre 2011 – 2013 für den Erfolgsplan ist die Fortschreibung der Ansätze 2010. Zum Ausgleich sind die Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen und Unterkunft und Verpflegung erhöht worden. Die Ergebnisse der für die einzelnen Planjahre zu führenden Pflegesatzverhandlungen bleiben abzuwarten.

Die in die Finanzplanung der Planjahre 2011 – 2013 für den Vermögensplan eingeplanten Investitionen und die Tilgungsleistungen werden aus den zu erwirtschaftenden Abschreibungsbeträgen finanziert.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Hillebrand, inwieweit es rechtlich vertretbar ist, einen etwaigen Fehlbetrag im Stiftungshaushalt zu belassen und auf neue Rechnung vorzutragen, erläutert die Verwaltung, dass dies derzeit abschließend geprüft werde. Das Ergebnis der Prüfung wird umgehend mitgeteilt.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen. Die ebenfalls anliegende Finanzplanung für den Planungszeitraum 2009 – 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

Rats Herr Kickler war zur Beschlussfassung nicht anwesend.

**2.5 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 009/2010**

Der für die Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses am 10.11.2009 vorgelegte Verwaltungsentwurf wurde überarbeitet.

Im Vermögenshaushalt ergab sich die Notwendigkeit einer Nachfinanzierung der in 2009 begonnenen Hochbausanierung.

Systembedingt sind dadurch auch folgende Haushaltsstellen betroffen:

Verwaltungshaushalt	9100.849 000	./.	25.800
	9100.806 000	+	25.800
Vermögenshaushalt	9100.300 000	+	25.800
	9100.910 000	+	13.800.

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

3 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

4 Zur Kenntnisnahme

Zur Beglaubigung:

gez. Ilonka Etzold
(Vorsitzende)

gez. Jens Neumann
(Protokollführer)